

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 42

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

politische Einflussphäre auch ideologisch von der Moskau genau unterschieden werden kann.

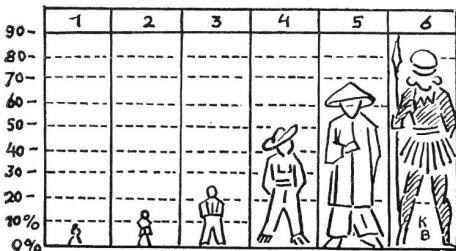
Aus dieser Situation ist zu schliessen, dass Moskau heute keineswegs mehr die einzige ideologisch-politisch bestimmende Säule des Weltkommunismus darstellt, sondern dass die zweite Säule, auf welcher der Kommunismus ruht, nämlich Peking, immer mehr an Bedeutung innerhalb des kommunistischen Blocks zunimmt. Deshalb wird in Zukunft die westliche freie Welt in zunehmendem Masse mit der erstauchenden Pekinger Säule zu rechnen haben!

Erziehung

ABC und Einmaleins

Nach einer Aufstellung der Unesco stellt sich die Quote der jugendlichen Analphabeten im Alter von 10 bis 15 Jahren in den einzelnen Kontinenten wie folgt dar:

1. = Europa 5 bis 10 Prozent
2. = Australien 10 bis 15 Prozent
3. = Nordamerika 10 bis 25 Prozent
4. = Südamerika 40 bis 50 Prozent
5. = Asien (ohne UdSSR) 65 bis 70 Prozent
6. = Afrika 75 bis 85 Prozent



Wenn heute so viel von Entwicklungshilfe für die rückständigen Völker Asiens und Afrikas die Rede ist, steht im allgemeinen der wirtschaftlich-politische Aspekt im Vordergrund.

Im Gesamtrahmen dessen, was damit bezeichnet wird, ergibt sich aus einer solchen Betrachtungsweise jedoch ein verzerrtes Bild, weil «Entwicklung» ein integrierender Begriff ist, der auch alle andern mehr oder weniger wichtigen «Daseinsbereiche» in sich schliesst.

Zur Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Förderung der anvisierten Völker gehört die umfassende Bildung der Individuen, und zwar von klein auf. Und Bildung wird (mindestens was jene des Intellekts betrifft) durch Schulen vermittelt. Mit andern Worten: die Menschen müssen Schreiben und Lesen lernen, um an den aufbauenden geistigen Schätzen und Bildungswerten teilhaben zu können, die ihrerseits die echte Entwicklung fördern helfen und für den integralen Fortschritt unerlässlich sind.

Den jungen Völkern wird dadurch erst ermöglicht, sich mit westlichem und östlichem Gedankengut auseinanderzusetzen und ihre «Wahl» aus wirklich freier Entscheidung zu treffen.

Wie viele Analphabeten es z. B. in der Welt noch gibt, veranschaulicht unsere Darstellung, die allerdings kein 100prozentiges Bild vermitteln kann, da die Entwicklung nirgends stillsteht.

Der Mangel an geschulten Leuten in allen Staaten, die heute im Mittelpunkt des

«Entwicklungs-Interesses» stehen, ist unbestritten (siehe WeltPresse), obwohl sich die Missionen aller Konfessionen dieses Problems angenommen haben und ein weiteres tun werden.

Selbst die «Prawda» vom 16. Oktober hat sich zum Anwalt der Analphabeten gemacht und schreibt unter dem Titel «Die Statistik klagt an» u.a.: «Unter der erwachsenen Bevölkerung Afrikas bilden die Analphabeten 80 bis 85 Prozent, in gewissen Gegenden sogar bis 90 Prozent. In der portugiesischen Kolonie Angola besuchen nur 2 Prozent der afrikanischen Kinder die Schule.» Kein Zweifel, dass die UdSSR als «moderner» Kolonialator diesen Fragen grösste Aufmerksamkeit schenken wird, und zwar aus mehr als bekannten Gründen.

Es bietet sich also ein ausgedehntes Begegnungsfeld auf dem Gebiet umfassender Entwicklungshilfe, denn jegliches Vorwärtskommen beginnt, mindestens nach westlicher Erfahrung, auf der Grundlage des «A-B-C» und des «Einmaleins».

Medizin

Sowjetunion Spezialistentum

Die vor etwas mehr als einem Jahr durchgeführte Schul- und Hochschulreform macht sich auch beim Medizinstudium unangenehm bemerkbar. Bekanntlich soll nach der Idee der Reform der grösste Teil der Studenten nicht direkt aus der Schule, sondern nach einer zwei- bis dreijährigen praktischen Ausbildung an die Hochschulen gehen. Das betrifft auch die medizinischen Institute (in der Sowjetunion gibt es keine medizinische Fakultät an den Universitäten, sondern nur selbständige medizinische Institute).

Da der Übergang zum neuen System nur schrittweise erfolgt, gibt es heute unter den Medizinstudenten im ersten Lehrjahr etwa 40 Prozent junger Leute, die direkt aus der Mittelschule kommen, und etwa 60 Prozent solcher, die eine vom neuen Gesetz verlangte Praxis absolviert haben. Dies führt dazu, dass der Unterricht in den ersten Semestern wegen der verschiedenen Vorbereitung und verschiedenen Vorkenntnisse der Studenten wesentlich erschwert ist. In der Presse erschien ein unterschiedlicher Lehrplan für beide Gruppen der Studenten gefordert wird.

Noch mehr Kopfzerbrechen bereitet den zuständigen Instanzen das Dilemma: allgemeine medizinische Ausbildung oder Spezialisierung schon an der Hochschule. Bis jetzt waren die Absolventen der medizinischen Institute keine Fachärzte. Immer mehr setzt sich jedoch die Ansicht durch, dass bereits an der Hochschule, nämlich im letzten 6. Lehrjahr, eine Trennung nach einzelnen medizinischen Fachgebieten vorgenommen werden sollte. Dieser Ansicht sind viele Dozenten und auch praktische Aerzte in leitender Stellung, weil in den Spitälern, besonders auf dem Lande, grosser Mangel an Spezialisten herrscht.

Von den Gegnern der frühen Spezialisierung wird hervorgehoben, dass an der Hochschule nur die Grundlagen der medizinischen Wissenschaft vermittelt werden können und dass die jungen Aerzte auch nach der Absolvierung spezieller kurzfristiger Kurse und Vorlesungen noch nicht

als ausgebildete Spezialärzte angesehen werden können. Eine Ansicht, die sich übrigens mit der in der Schweiz geltenden Ordnung deckt. Die andere, und es scheint fast noch grössere Gruppe von Dozenten, ist der Meinung, dass die Spezialisierung der Aerzte an der Hochschule viele Vorteile hat, weil nur so die Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen, und nicht die oft zufällige Zuteilung der Arbeitsstelle, für die weitere Richtung der Ausbildung ausschlaggebend wäre.

Es wird nun versucht, probeweise an einzelnen medizinischen Hochschulen die spezialisierte Ausbildung einzuführen, um dann an den praktischen Ergebnissen beide Varianten besser vergleichen zu können.

Im allgemeinen wird im Unterrichtswesen viel experimentiert. Kürzlich wurden in verschiedenen medizinischen Instituten z.B. Vorlesungen eingeführt, bei welchen zwei bis drei Professoren über das gleiche wissenschaftliche Thema referieren, damit die Studenten selbst die manchmal stark unterschiedlichen Ansichten gegenüberstellen können. Diese Methode soll das wissenschaftliche Denken der Studenten anregen und entwickeln.

Eine weitere Förderung soll in Zukunft die wissenschaftliche Forschung an den medizinischen Instituten erfahren, weil die Erfahrung der meisten Hochschulen der UdSSR zeigt, dass, wenn namhafte Wissenschaftler gleichzeitig Hochschullehrer sind und wenn die Studenten an den wissenschaftlichen Arbeiten ihrer Dozenten teilnehmen, dies von grossem Vorteil für ihre Ausbildung ist.

Politik

Vereinte Nationen Die Ungarndebatten

Seit dem Ungaraufstand vor vier Jahren hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits 14 Resolutionen zu diesem Gegenstand angenommen (zusätzlich zweier weiterer Entschliessungen, die sich mit dem Problem der nach dem Westen geflüchteten Ungarn befassten). Genen eine der drei Resolutionen vom 9. November 1956 bezogen die Vertreter der Ostblockländer keine Stellung, sondern begnügten sich mit Stimmenthaltung. Der Text forderte eine unmittelbare Hilfsaktion zur Beschaffung von Nahrung, Kleidung und Medikamenten. Ferner wurde der Uno-Generalsekretär mit dem Ergreifen der notwendigen Massnahmen betraut, und alle Nationen aufgerufen, seine Bemühungen zu unterstützen. Hammarskjöld wurde in der Folge die Einreise nach Ungarn von den kommunistischen Behörden stets verweigert.

Die bisherigen Resolutionen:

	Annehmend	Ablehnend	Enthaltend
4. November 1956	50	8	15
9. November 1956	48	11	16
9. November 1956	53	9	13
9. November 1956	67	—	8
10. November 1956	53	9	8
21. November 1956	55	10	14
24. November 1956	63	5	10
4. Dezember 1956	54	10	14
12. Dezember 1956	55	8	13
10. Januar 1957	59	8	10
14. September 1957	60	10	10
12. Dezember 1958	54	10	15
9. Dezember 1959	53	10	17

Jugoslawien Nicht nach Castros Fiedel

Jahrelang wurde die kubanische Revolution in Jugoslawien vorbehaltlos unterstützt. Nun aber scheint eine vorsichtigere Einschätzung des Regimes Bahn zu brechen.

Der Havanna-Korrespondent Djuka Julius verliess in der «Politika» vom 23. Oktober jedenfalls die traditionelle enthusiastische Linie und widmete sich den Schwierigkeiten des Castro-Regimes, wobei zwischen den Zeilen deutliche Kritik herauszu hören ist. «Ausländische Beobachter mit freundlicher Einstellung Fidel Castro gegenüber» begännen sich zu fragen, ob all die Massnahmen (Verstaatlichungen, Beschlagnahmungen) nicht zu viel auf einmal seien, ob die eingeschlagene Gangart nicht überhastet sei.

In seinen Ausführungen kam der jugoslawische Berichterstatter eingehend auf die ernsthaften wirtschaftlichen Probleme, die «verschärftte interne Situation» und den sich auswirkenden ausländischen Druck (dabei war das Handelsembargo der USA gegen Kuba zu jener Zeit noch nicht verkündet worden) zu sprechen. Die Schwierigkeiten würden sich in den kommenden Monaten noch verstärken.

Viele Monate hindurch hatte die jugoslawische Presse immer nur von der «unbesiegbarkeit kubanischen Revolution» gesprochen. Der im Tone besorgter Freundschaft ausgedrückte Wechsel in der Haltung des Korrespondenten entspricht einem Mangel an Begeisterung Kuba gegenüber in Jugoslawien selbst. Castro schloss sich in New York vollständig der Politik des Sowjetblocks an und versagte der von Belgrad angestrebten neutralistischen Führungsrolle die Gefolgschaft.

Ideologie

China

Mao griff persönlich ein

In den latenten ideologischen Konflikten zwischen Moskau und Peking um die Unvermeidbarkeit des Krieges hat Mao Tse-tung erstmals in der Öffentlichkeit persönlich eingegriffen — wenige Tage vor dem internationalen kommunistischen Führertreffen in Moskau, wo er freilich nicht dabei ist. Gleichzeitig wurde seiner These in Parteiorganen selbst widersprochen.

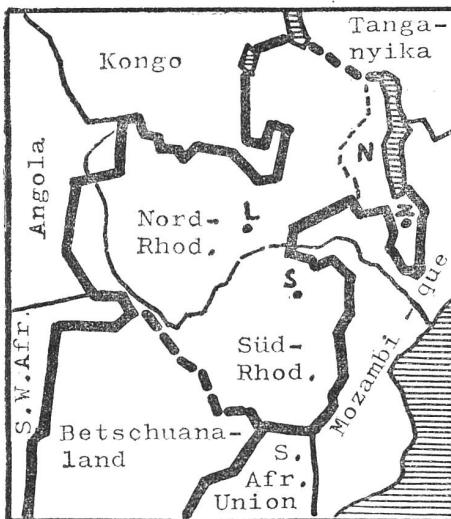
In einem autorisierten Artikel des Pekinger «Jen-Min Ji-Bao» wurde der erste Parteisekretär von General Fu-Tschung zitiert. Es war eine klare Bestätigung der «harten Linie» Chinas.

Wenig später (31. Oktober) erschien die Oktober/November-Ausgabe der Zeitschrift «Rote Fahne», nachdem die vorhergehende Nummer ausgefallen war. Sie bestreit die Notwendigkeit eines Krieges und brachte eine Annäherung an den koexistentiellen Standpunkt des Kremls.

Mao: «Wir sind für die Beseitigung des Krieges und wünschen ihn nicht. Doch nur durch Krieg kann der Krieg aus der Welt geschafft werden. Nur wer die Waffen aufnimmt, kann sie verwerfen.»

Rote Fahne: «Die Meinung, Revolution könne importiert oder exportiert werden, ist völlig falsch. Die Behauptung, die Weltrevolution sei mit dem Weltfrieden unvereinbar, ist absurd und widerspricht dem

Das neue Gesicht Afrikas: Rhodesien/Njassaland



Die Gebiete des Maschona- und Mata-belelanden wurden 1889/90 von der Brit.-Südafrikanischen Gesellschaft in Besitz genommen. Nord- und Südrhodesien haben seit ihrer 1893 begonnenen Durchdringung seitens der von Cecil Rhodes (nach dem das Land seinen Namen trägt) geleiteten Company eine rasche Entwicklung genommen.

Marxismus-Leninismus», schreibt das Blatt. Mao: «Krieg ist die höchste Form des Kampfes um die Aufhebung der Gegensätze zwischen Klassen, Rassen, Staaten und politischen Blöcken in einer bestimmten Entwicklungsstufe. Politik ist unblutiger Krieg, Krieg ist Politik mit Blutvergießen.»

Rote Fahne: «Die sozialistische Revolution kann ihren Sieg nicht in allen Staaten zur gleichen Zeit erringen. Sie wird in den verschiedenen Staaten allmähliche Erfolge verzeichnen, deren Zeitpunkt von internen Faktoren der betreffenden Gesellschaftsformen abhängen, vom Bewusstsein der Bevölkerung und ihrer Vorbereitung auf die Revolution.»

Die Gegensätze zwischen den beiden Stimmen lassen sich verkleistern. Mao brachte schwimmende Definitionen von Krieg, Revolution, Politik, «echtem und unechtem Frieden» vor, so dass konkrete Deutungen später nach Bedarf noch angebracht oder dementiert werden können. Die «Rote Fahne» beschränkt sich faktisch auf die (eigentlich nicht überbordend originelle) Feststellung, dass die (nach wie vor befürworteten) Revolutionen in den verschiedenen Ländern nicht durch Kriege erzwungen werden müssten. Peking wird so oder so das Gesicht wahren.

Dass sich die eine oder andere Linie in nächster Zukunft auf Kosten der andern eindeutig durchsetzen wird, ist nicht zu erwarten. Beim Moskauer Parteitreffen geht es vorerst um einen Modus vivendi.

Aber der Ton macht die Musik, und hier sind die Gegensätze nicht zu übersehen. Man wusste schon lange, dass in Moskau eine «Pekinger Tendenz» bestand. Anscheinend besteht aber auch in Peking eine erstarke «Moskauer Tendenz».

(Zitate aus «Jen-Min Ji-Bao» laut «The Sunday Times», Zitate aus «Rote Fahne» laut Reuter und AFP.)

Südrhodesien:

Dominionartiger Status, bildet zusammen mit Nordrhodesien (siehe unten) und Njassaland (Karte N) die «Zentralafrikanische Föderation». Staatsoberhaupt: Königin Elisabeth II. Regierungschef: Sir Edgar Whitehead.

Fläche: 390 000 Quadratkilometer. Einwohner: 2 730 000. Hauptstadt: Salisbury. (Karte: S.)

Nordrhodesien:

Britisches Protektorat (siehe oben). Fläche: 746 000 Quadratkilometer, Einwohner: 2 360 000. Hauptstadt: Lusaka (Karte L).

Njassaland (Karte N):

Britisches Protektorat (siehe oben). Fläche: 127 000 Quadratkilometer, Einwohner: 2 780 000. Hauptstadt: Zomba (Karte Z).

Zentralafrikanische Föderation:

Regierungschef: Sir Roy Welensky. Gesamtfläche: 1 263 000 Quadratkilometer. Gesamteinwohnerzahl: 7 870 000. Hauptstadt: Salisbury (Karte S). Währungsparität: 1 rhod. Pfund = 1 Pfund Sterling. Wichtigste Landesprodukte: Kupfer, Asbest, Gold, Tabak, Tee.

Landwirtschaft

Sowjetunion

Sowchosen im Vormarsch

Chruschtschews Bevorzugung der Sowchosen gegenüber den Kolchoseen beginnt Resultate von eindrücklichem Ausmass zu bringen. Das betrifft die Organisationen, nicht aber die Ernteerträge.

Rund fünf Millionen Werktätige sind heute auf den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben beschäftigt, gegenüber weniger als zwei Millionen vor sieben Jahren. Die Gesamtfläche der Sowchosen stieg zwischen 1953 und 1959 von 75 Millionen Hektaren auf 179 Millionen Hektaren.

Über diese starke Entwicklung gibt die letzte Moskauer Zeitschrift «Ekonomika selskogo Chozjajstva» Auskunft.

Die Sowchosbewegung ist eine der stärksten Tendenzen der neueren sowjetischen Landwirtschaftspolitik. Im Unterschied zu den Kolchoseen, den Produktionsgenossenschaften von Bauern in Kollektivbetrieben, handelt es sich bei den Sowchos um Staatsgüter. Die dort beschäftigten Arbeitskräfte sind reine Angestellte mit festem Lohn. Im Unterschied zu den Bauern in den Kolchosgesellschaften arbeiten sie risikofrei, haben anderseits aber auch keine individuelle Verdienstmöglichkeit.

Die Sowchosen sind die grössten Landwirtschaftsbetriebe. 1959 beschäftigte ein Sowchose durchschnittlich 610 Arbeiter und umfasste eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 23 500 Hektaren.

Vom Staat aus betrachtet, haben die Sowchosen den Vorteil von leichter Kontrollierbarkeit. Auch lassen sich gelenkte Produktionspläne in diesem Rahmen leichter durchsetzen.

Dem gleichen Ziel dienten in der letzten Zeit Chruschtschews Reorganisationen im

Kolchoswesen selbst, nämlich die Zusammenlegung von kleinen Betrieben in grössere Produktionsgemeinschaften. Die Praxis aber sah oft das Weiterbestehen der alten Ordnung unter einer sich lediglich als Belastung auswirkenden «Dachorganisation» (KB, 19. Oktober).

Die Sowchosen dagegen erlebten mit der staatlichen Unterstützung einen anhaltenden Aufschwung. Nicht so sehr in ihrer absoluten Zahl (die immerhin von 4857 im Jahre 1953 auf über 6500 zu Beginn dieses Jahres wuchs), als vielmehr in ihrer Bodenvergrösserung und ihrer Produktion. Das Moskauer landwirtschaftliche Fachorgan gibt zwar keine absoluten Produktionsziffern an, doch werden heute fünf bis siebenmal mehr Sowchoserzeugnisse auf den Markt gebracht als vor sieben Jahren.

Der Sowchosanteil an der gesamten Anbaufläche stieg zwischen 1952 und 1959 von 10 auf 30 Prozent. Der Prozentanteil der Kolchosen an der Anbaufläche betrug letztes Jahr 66,4, während die Nebenwirtschaften der Kolchosbauern 2,8, persönliche Hilfswirtschaft der Arbeiter und Angestellten 0,9 und die Saatfläche der Einzelbauern noch 0,1 Prozent ausmachten («Woprosij Ekonomiki», Moskau, Nr. 9/1960). Im Viehbestand ist das Verhältnis insofern ausgeglichen, als die persönliche Habe von Kolchosbauern, -arbeitern und -angestellten grösser ist.

Die Uebergänge von Kolchose zu Sowchose können fliessend sein. Zwischenstufen ergeben sich durch die Zunahme der unteilbaren (im Falle der Kolchosliquidierung nicht unter die Mitglieder aufteilbaren) Kolchosfonds, durch den immer höheren Anteil der Kolchosproduktion gegenüber den Nebenwirtschaften, durch das Zusammenfallen von kolchoseigenen Mitteln mit staatlichen Mitteln (Elektrifizierung und Mechanisierung). Diese stark geförderte Entwicklung der Kolchosen tendiert faktisch auf eine sowchosähnliche Form hin. Die Parteikontrolle über die Sowchosen wird gemäss einem Zentralkomiteebeschluss vom Vorjahr durch besondere Kommissionen innerhalb der Betriebe ausgeübt und soll noch stärker ausgebaut werden.

Die gegenwärtigen Missernten in der Sowjetunion nur auf die landwirtschaftlichen Umorganisierungen (die neuen Zwangskollektivierungen mit sich brachten) zurückzuführen, geht wohl nicht an. Anderseits rügte aber doch die sowjetische Presse selbst auch organisatorische Mängel, die sicher im forcierten System liegen. Der bürokratisch gelenkte planwirtschaftliche Apparat neigt zur Schwerfälligkeit, was sich in Schlechtwetterjahren besonders stark auswirkt.

Religion

Bulgarien

Zweischneidiges Schwert...

Welch zweischneidiges Schwert der Kampf für die Eliminierung der letzten Reste religiösen Bewusstseins in den kommunistischen Staaten darstellt, geht u. a. aus zwei Artikeln in bulgarischen Zeitungen hervor, von denen der eine («Tschernomorski Front») die neuerdings aus Amerika «importierte» Pentakostensekte aufs Korn nimmt und eingestehlt, dass «die Lehre die-

ser Sekte Dogmen enthält, die für jeden einfachen Menschen gefährlich sind» (wo bei unter einfachen Menschen die Werk-tätigen zu verstehen sind).

Unter dem Titel «Die Religion ist nicht ewig» veröffentlicht «Dunavska Prawda» einen Beitrag, in dem die Frage behandelt wird, ob «die Religion unter dem Kommunismus von selber verschwinden wird, und was, wenn das nicht der Fall sein sollte, schon jetzt unternommen werden müsste, um sie aus dem Bewusstsein der Bevölkerung zu eliminieren».

Die Zeitung zitiert den Brief eines Arbeiters, der sich noch nicht ganz von seiner religiösen Tradition zu lösen vermochte. Der Mann schreibt: «Wenn man betet, wird das Leben doch irgendwie sicherer. Ich habe ein Gebet gesprochen, und mein Sohn wurde in die Hochschule aufgenommen.

Etwas später habe ich wieder ein Gebet an den Herrgott gerichtet, und meinem zweiten Sohn ist es ebenfalls gelungen, auf die Universität zu kommen.»

Die Zeitung erteilt dem Arbeiter eine gehörige Rüge und beschwört die Leser, den Kampf gegen die Religion unentwegt und intensiver als bisher weiterzuführen. Es sei ein Irrtum zu glauben, diese werde automatisch verschwinden.

Zuletzt aber warnt das Blatt: «Der administrative Kampf gegen die Religion kann unserer Sache nur schaden, er kann zu einem religiösen Fanatismus unter der Bevölkerung führen und ihre religiösen Leidenschaften entfachen.»

... und doppelter Griff

Dass die Presse selbst in ihrer Haltung der Religion gegenüber nicht immer konsequent ist, zeigen zwei weitere Artikel, die innerhalb von drei Tagen in Sofia erschienen. «Robotnitschesko delo» forderte in einem Aufsatz über die Verbreitung des Atheismus in den Schulen die Ersetzung der religiösen Erziehung durch die antireligiöse Erziehung.

Dafür berichtet dann «Tscherkoven Vestnik» ausführlich über eine Priestertagung, an welcher auch über die bulgarisch-sowjetische Freundschaft gesprochen wurde. Der Artikel ist in einem durchaus positiven Ton gehalten und hebt die Friedensliebe der bulgarischen (orthodoxen) Kirche hervor.

Wirtschaft

Jugoslawien

Auf Kreditsuche im Westen

Belgrad plant eine Währungs- und Aussenhandelsreform und braucht dazu etwa ein halb Milliarden Franken. Die Regierung ist auf der Suche nach Geldern, um das neue System bereits im kommenden Jahr einführen zu können.

Unter Führung von Finanzminister Mincev besuchte eine jugoslawische Delegation die Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds und nahm mit verschiedenen westlichen Regierungen Fühlung auf. Sie kehrte mit vielen Zusicherungen von Interesse, aber noch nicht von Krediten zurück. Die Hauptbeiträge werden vom IWF und den USA erwartet, die den vorgesehenen Massnahmen (Festsetzung der gegenwärtig komplexen Kurse auf 750 Dinar pro Dol-

lar; Einfuhr-Liberalisierungen, soweit es die negative Zahlungsbilanz zulässt) zu stimmen. Aber die Amerikaner wollen sich nicht auf eine Summe festlegen, bevor sie nicht sehen, wie weit sich die westeuropäischen Staaten verpflichten lassen.

Mit der Bundesrepublik Deutschland, die einen beträchtlichen Prozentsatz der europäischen Leistungen aufbringen könnte, hat Belgrad keine diplomatischen Beziehungen, was erschwere Verhandlungen auf Umwegen mit sich bringt. Die DBR ist immer noch einer der hauptsächlichsten Handelspartner Jugoslawiens.

Von den Reformen erwartet man verstärkte Orientierung des jugoslawischen Aussenhandels auf die westlichen Märkte.

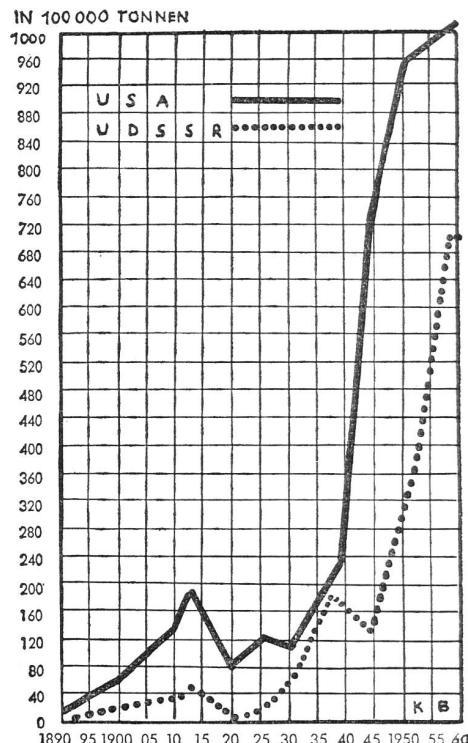
USA - UdSSR Sie liegen im Rennen um die Stahlproduktion

Nach den amtlichen Statistiken der USA und der UdSSR hat die Sowjetunion in den letzten Monaten fast ebensoviel Stahl erzeugt wie Amerika. Im Monat September war der Vorsprung der USA der geringste (obwohl der Aussloss des Landes durch keinen Generalstreik in der Stahlindustrie verringert wurde). Aus den Statistiken geht hervor, dass die USA während der letzten drei Monate zirka 6 500 000, die UdSSR 6 000 000 t erzeugten. Es scheint, dass sich der langjährige Stahlproduktionsvorsprung der USA gegenüber der UdSSR mit jedem Monat verringert.

Das veränderte Verhältnis UdSSR/USA der ersten drei Quartale des laufenden Jahres stellt sich wie folgt dar:

In Mill. Tonnen	USA	UdSSR
1. Quartal	34,7	17,7
2. Quartal	26,0	17,5
3. Quartal	19,6	18,0

Nach den bis jetzt vorliegenden Angaben wird die Sowjetunion dieses Jahr zirka 70 Prozent der Stahlerzeugung der USA erreichen und nach Schätzungen wird die



amerikanische Stahlproduktion dieses Jahr rund 102 Mill., diejenige der UdSSR 71 500 000 Tonnen erreichen. Die Pläne der Sowjets sehen für nächstes Jahr bereits 79 Mill. Tonnen voraus.

Unsere graphische Darstellung zeigt die Entwicklung der Stahlproduktion der beiden Grossmächte seit 1890.

(Zu berücksichtigen ist, dass die amerikanische Produktionskapazität nur beschränkt, die sowjetische dagegen vollständig ausgelastet ist. Die amerikanische Stahlindustrie wäre also gegebenenfalls in der Lage, ihren Ausstoss in kürzester Zeit beträchtlich zu verstärken, während die weitere sowjetische Produktionssteigerung nur auf dem Weg des weiteren Industrieaufbaus erfolgen kann.)

Literatur und Kunst

Sowjetunion

Für das Zarte und Intime

Als Wegbereiter der heutigen sowjetischen Literatur wurde an der diesjährigen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Berlin Tschernyschewski anerkannt.

Er und seine Zeitgenossen der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts haben den Gedanken geprägt, echte und wahrhaft grosse Kunst müsse die Wirklichkeit widerstreifen. Diese Theorie wurde später von den Kommunisten übernommen und ist heute in der UdSSR zum Massstab aller Kunstwerke geworden.

In der Sowjetepoche ist man nicht bei der gegebenen Wirklichkeit stehengeblieben, sondern versucht auch die künftige, kommunistische Wirklichkeit in der Kunst zum Ausdruck zu bringen. Die Künstler werden ständig aufgefordert, durch ihr Schaffen zum Aufbau des Sozialismus und zur Formung einer kommunistischen Moral beizutragen, den technischen Fortschritt und den Idealtyp des Sowjetmenschen darzustellen.

Als künftigen Wegweiser der sowjetischen Literatur wurde auch ein Aufsatz von Ministerpräsident Chruschtschew erwähnt, in dem dieser drei Forderungen an die Künstler stellt: Sie sollen in ihren Werken das «Typische», das «Volksgemäße» und den «positiven Helden» herausarbeiten. Unter dem «Typischen» wird jedoch nicht das «oft Geschehende» oder in der Wirklichkeit häufig Anzutreffende verstanden, sondern das, was mit der Richtlinie und dem Parteiprogramm in Einklang steht.

Allen parteiideologischen Vorschriften zum Trotz setzt sich aber — nach den Beobachtungen der Tagungsteilnehmer — in der Sowjetliteratur das Intime und Zarte, das Abenteuerliche und unverwüstlich Individuelle immer wieder durch. Bemerkenswert ist ferner, dass die Werke westlicher Schriftsteller, wie Remarque, Greene und Hemingway, in der UdSSR zu den Erfolgsbüchern zählen. (Kürzlich hat der Staatsverlag ein zweibändiges Werk des letzteren Autors in einer Auflage von 300 000 Exemplaren herausgebracht.) Neben die ausländischen Bestseller treten besonders Werke, in denen der Leser sich vom tönenden Schwall der heroisch-pathetisch-traktoristischen Motive entlastet fühlt. Alles in allem wird die Feststellung gemacht, dass aus vielen Nähten der marxistisch-leninistischen Zwangsjacke natürlichere Formen durchschimmern.

Ungarn

Schwindelerregende Lyrik

Während sich in Ostdeutschland das Kultusministerium thematisch um die Verherrlichung des LPGs bemüht, hat man in Ungarn ästhetische Sorgen.

«Bisher erschienen in der ungarischen Presse Artikel, die sich mit dem bürgerlichen Geschmack, dem Kitsch, der Sentimentalität beschäftigen. Die ungeahnte Erweiterung der Bildung hat ... die wünschenswerten und notwendigen Normen der Qualität gesprengt, klagt das literarische Wochenblatt «Elet es Irodalom» am 7. Oktober 1960 und fährt fort:

«Zweifellos ist es leichter, die Missgebarten des veralteten Geschmacks aufzuzeigen, als den Weg zu Reinerem, Künstlerischem zu weisen, das an seine Stelle treten soll. Das aber ist dann besonders schwer, wenn sich reichlich Gelegenheiten dafür bieten, Entartetes durch Entartetes zu ersetzen.»

Die gleiche Zeitung veröffentlichte am 14. Oktober ein Gedicht von L. Kalnoky, mit der vielversprechenden Ueberschrift «Am Altar der Pietät».

Dieses inspirierte den Kritiker einer anderen Zeitung («Esti Hirlap») zu der Feststellung, dass ihn schon nach dem Lesen der ersten Zeilen ein leichter Schwindel erfasst habe und er fragt: «Wo ist denn da die Poesie und wo der Leser, der diese lyrische Inventionarisierung versteht?»

Schule und Politik

Polen

K kann Krakauern

anscheinend noch nicht völlig imponieren. 28 Buben der 7. Primarschulklassie einer Vorstadtschule wussten zwar zum Teil, dass Chruschtschew sich (zur Zeit der Befragung) in Amerika aufhielt, aber um seine Funktion als Ministerpräsident und Erster Parteisekretär der UdSSR wussten sie zum überwiegenden Teil ebensowenig Bescheid wie um diejenige ihres eigenen Regierungschefs Cyrankiewicz, dem nur zwei Schüler das richtige Amt gaben. Chruschtschew wurde auf einigen Zetteln zum Botschafter oder Delegierten degradiert.

Auf die Fangfrage nach dem polnischen Präsidenten (den es in Polen seit 1952 nicht mehr gibt, da eine Kollektivbehörde, der Staatsrat, die Funktionen eines Staatsoberhauptes ausübt) gab es lauter falsche Antworten. Am meisten Stimmen erhielt in faktisch richtiger Einschätzung seiner Stellung als «starker Mann» des Landes Parteisekretär Gomulka.

Was die Uno sei, wussten zwei Schüler; ein weiterer bezeichnete sie frei nach Chruschtschew als Organisation der Vereinigten Staaten. Die Funktion Hammar-skjölds war keinem der Buben im Alter von 13 bis 15 Jahren bekannt.

Die Krakauer Zeitung «Dziennik Polski» bezeichnet das Ergebnis dieser Schülerumfrage als vermutlich symptomatisch. Es sei um so bedauerlicher, als für viele Jugendliche die Schulbildung mit der siebten Klasse abgeschlossen bleibe.

Die Krakauer Stichprobe lässt erkennen, dass das staatsbürgerliche Wissen auch unter totalitären Regimes nicht besser ist.

72 Stunden bevor die internationale Kommunistenprominenz zusammen den Jahrestag der

Oktobrerevolution beging, war das Gerücht von Parteichef Chruschtschews Sturz stark genug gewesen, um gewisse westliche Industriekurse vorübergehend steigen zu lassen. Wenig abgeklärte Todesfälle und Ernennungen an der Armeespitze haben vielleicht der Ente starke Flügel gegeben.

Im Abstand von zwei Tagen war der sowjetischen Öffentlichkeit Ende Oktober der Unfalltod zweier führender Militärs bekanntgegeben worden. Es waren der stellvertretende Generalstabschef Nikolai Pawlowski und der Kommandant der Raketenstreitkräfte, Mitrofan Nedelin, der erst vier Monate zuvor auf diesen Posten gekommen war. Laut Berichten aus dem Osten wäre Pawlowski bei einer vorzeitigen Raketenexplosion umgekommen. Chruschtschew habe darauf Nedelin so abgekanzelt, dass dieser Selbstmord beging.

Dann folgte die Ernennung von Marschall Kyrill Moskalenko als Nachfolger Nedelins. Der 60jährige Kommandant des Moskauer Militärbezirks war dafür bekannt, erst zur Zeit Chruschtschews auf höhere Posten gekommen zu sein, unter eindeutig politischen Umständen. Nach Stalins Tod 1953 gehörte er zu den Militärs, die in den Machtkämpfen um die Nachfolge Partei nahmen. Chruschtschew bestimmte also weniger einen ausgewiesenen Fachmann als vielmehr einen zuverlässigen Gefolgsmann zum neuen Chef der wichtigsten Waffengattung. Gleichzeitig wurde Moskalenko stellvertretender Verteidigungsminister mit Möglichkeit zur Teilnahme an der Regierungstätigkeit.

Kurz darnach wurde ein neuer Kommando-wechsel bekannt. Als Befehlshaber des Militärbezirks Weißrussland wurde Marschall Timoschenko durch Generaloberst Komarow ersetzt. Politische Gründe waren zwar nicht einzusehen (beide Männer gehören dem Obersten Sowjet seit 1958 an), aber der Wechsel verstärkte doch das Gefühl von einer Umbruchperiode in der Armeespitze.

In diesem Zusammenhang erhielt das sonst geradezu anachronistisch wirkende Gerücht von einem gemeinsamen Umsturzversuch auch durch Malenkow und Schukow noch eine mögliche Deutung. Sonst ist man es seit der Pariser Gipfelkonferenz gewohnt, die interne Hauptbedrohung Chruschtschews in der Person des Verteidigungsministers Malinowski zu sehen oder einem weiteren Vertreter der Koexistenzfeindlichkeit.

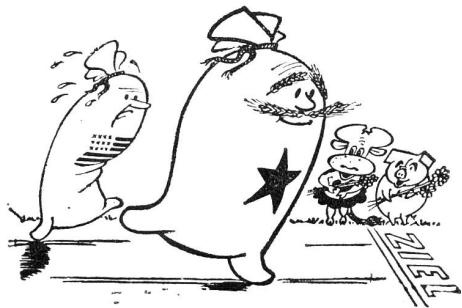
Malenkow als Repräsentant der weichen Linie schien ja in keiner Weise der «aktuelle Mann» zu sein (wie auch seine Möglichkeiten zu einem Putsch schwer einzusehen wären).

Immerhin hat die Falschmeldung Gelegenheit zur Erkenntnis gegeben, dass der Westen über mögliche Strömungen im Osten nicht genügend unterrichtet ist, um lediglich auf Grund von «Unglaublichigkeit» einer Nachricht keine Beachtung zu schenken. Die Kommentare, warum etwas so und nicht anders geschehen konnte, erfolgen ja meistens post festum.

Unser Meine

DEN FALSCHEN ZEITPUNKT

hat das SED-Organ «Neues Deutschland» am 30. Oktober zu seiner triumphierenden Darstellung über den landwirtschaftlichen Produktionswettkampf Sowjetunion-USA gewählt. («Wir können bald gratulieren.») Den ganzen Oktober hindurch meldete die sowjetische Presse schlechte Ernten in weiten Unionssgebieten, insbesondere Sibirien und Neuland. Als Mitursache nebst dem schlechten Sommer nannten «Prawda» und



«Selskaja Schism» ausdrücklich organisatorische Mängel (schlechte Ausnützung und Instandhaltung des Maschinenparks), namentlich wieder in Kasakstan, dem wichtigen Getreideland.

In Ostdeutschland fiel die Ernte zufriedenstellend aus, was den zeitlichen Missgriff von «Neues Deutschland» erklärt.

In bezug auf die mit gewaltigen Anstrengungen geförderten Produktionspläne hat freilich die Darstellung abseits der schlecht passenden Aktualität ihre kommende Bedeutung, die der Westen trotz der «Ernteschadensmeldungen» nicht übersehen sollte.

Der Schnappschuss

Eine ostdeutsche Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) stellte ein Transparent auf: «Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein.» Am nächsten Tag stand darunter die Bemerkung: «Ohne Sonnenschein und Gott macht die LPG bankrott.» Polizei und Sicherheitsdienst suchten vergebens nach dem Täter.

*
Als antiwissenschaftlich brandmarkte die «Prawda» die These, wonach Weltraumfahrer vor etlichen tausend Jahren die Erde besucht und dabei vielleicht gar Sodom und Gomorrah zerstört hätten. Die Theorie stammte nicht von einem dekadenten westlichen Sektierer, sondern vom sowjetischen Physiker Prof. M. Agrest.

*
In Washington, heisst es, hätten die Führer der Republikanischen Partei dem Wahltag mit Besorgnis entgegengesehen. Nur einer von ihnen habe fröhliche Zuversicht zur Schau getragen und seinen Optimismus wie folgt begründet: «Ich habe tiefes, unverbrüchliches Vertrauen in die fundamentale Bigotterie des amerikanischen Volkes.»

*
Eine neue Version über den U-2-Zwischenfall laut Darstellung einer sowjetischen diplomatischen Persönlichkeit: Die Abwehraketen hätten nicht das amerikanische Flugzeug, sondern einen von vier sowjetischen Düsenjägern getroffen, die es verfolgten. Powers sei dann von Panik ergriffen worden und abgesprungen.

kurz

Ernennungen und Entlassungen in den Satellitenstaaten können spektakulär oder diskret vor sich gehen. Das letztere war in Rumänien beim Amt eines Leiters des Politischen Direktoriums (Parteibehörde) der Armee der Fall. Als Amtsinhaber wurde anlässlich des Armeetages Ende Oktober erstmals ein Oberst Ion Dinca genannt. Damit wurde offensichtlich, dass Generalmajor Ion Gheorghe diesen Posten nicht mehr ausfüllt. Er war bereits im Juni aus dem Zentralkomitee der Partei ausgeschieden. Der 40jährige Gheorghe scheint trotz seines militärischen Ranges eine ausschliesslich parteipolitische Karriere gemacht zu haben. 350 polnische Landwirtschaftssachverständige besuchten in der zweiten Oktoberhälfte sowjetische Kolchosen in der Ukraine. (In Polen ist die landwirtschaftliche Kollektivierung von allen Satellitenstaaten am wenigsten — nur zu 20 Prozent — durchgeführt.)

Von Belgrad veröffentlicht, von Moskau verschwiegen: Chinesische und albanische Delegierte verliessen demonstrativ die Sitzung einer internationalen kommunistischen Gewerkschaftstagung in Bukarest, als ein Jugoslawe zu reden begann.

Allgemein ist in den Satellitenstaaten die Tendenz zu beobachten, die künftige Intelligenz nicht mehr den allzu bourgeois Weg der üblichen Universitätsschulung gehen zu lassen. Die Rektorenkonferenz der tschechoslowakischen Hochschulen sieht vor, dass bis 1970 etwa 30 Prozent der Akademiker ihre Studien an Abend- und Fernkursen der Universitäten beendet haben sollten («Uj szó», 24. 10. 60).

Die Tschechoslowakei hat sich zu einem Zehnjahreskredit von 20 Millionen Dollar an Kuba verpflichtet.

Im bulgarischen Varna wurde der sechste Erdöltanker für die sowjetische Handelsflotte gebaut («Rabotnitschesko delo», 22. 10. 60.)

In Usbekistan wurden auf Parteibeschluss 150 000 bis 200 000 zusätzliche Arbeitskräfte für die Baumwollernte aufgeboten («Prawda Wostoka», 19. 10. 60). Ähnliche Zustände meldet «Kommunist Tadschikistana» in Tadschikistan. Diesen Herbst noch hatte das Budapester Parteiorgan «Tarsadalmi Szemle» die Konstruktion einer neuen sowjetischen Baumwoll-Erntemaschine gepriesen, welche die Arbeit von 100 Personen verrichte, wodurch das Land an welterster Stelle in der Automation der Baumwollgewinnung zu stehen komme.

Als Mittel gegen Tuberkulose, anwendbar auch bei andern Leiden, empfahl Frau Teng Ying-tsiao, Gattin des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu En-lai, revolutionären Geist und Optimismus. Die Patienten hätten ihren Zustand durch subjektive Initiative zu verbessern.

Zur konkreteren Bekämpfung der Schwindsucht befürwortete Frau Teng übrigens eine Kombination altbewährter chinesischer Arzneimittel und moderner westlicher Methoden.

Curriculum der Woche

ILJA GRIGORJEWITSCH EHRENBURG

Sowjetischer Schriftsteller, Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR. Als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie 1891 in Kiew geboren, in Moskau erzogen. In der 6. Gymnasialklasse wegen Beziehungen zur kommunistischen Untergrundorganisation relegiert und 1908 neun Monate ohne Aburteilung in Haft gehalten. Im gleichen Jahr emigriert er nach Paris, wo er 1910 sein erstes Buch Gedichte (Stichi) herausgibt. Kehrt nach der Revolution 1917 nach Russland zurück. Arbeitet als Journalist, hauptsächlich an Zeitungen, die die (antikommunistische) «Weisse Bewegung» unterstützen. Darnach ab 1921 als Korrespondent im Ausland, vorerst in Paris und Brüssel, wo er seinen ersten Roman «Die erstaunlichen Abenteuer des Julio Jurenito» schreibt. In den folgenden Jahren rege schriftstellerische Tätigkeit in Berlin und dann wieder in Paris (ab 1923). In den dreissiger Jahren unregelmässige Aufenthalte in der Sowjetunion. Erobert sich in kurzer Zeit einen Platz als nationaler Schriftsteller. Häufige Auslandreisen führen ihn unter anderm auch nach Asien und Amerika. 1936 Kriegsberichterstatter in Spanien, 1939 in Frankreich als «Iswestja»-Korrespondent. 1940 lässt sich Ehrenburg definitiv in Moskau nieder und schreibt vor allem für die «Prawda» und die «Krasnaja Zwesda» (Armeezzeitung Roter Stern). Für seine Werke «Padenje Parischa» (Der Fall von Paris) und «Burja» (Der Sturm) wird ihm 1942 und 1947 der Stalinpreis verliehen. 1950 Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR. Betont zu der Zeit in seinen Werken die Parteilinie stärker als früher und ist im Büro des «Weltfriedensrates» sehr aktiv. 1952 internationaler Stalin-Friedenspreis. Nach Stalins Tod 1953 veröffentlicht Ehrenburg 1954 die Novelle «Ottepel» (Das Tauwetter), das die politische Wende der Entstalinisierungszeit widerspiegelt. Wird später deswegen von wieder aufgekommenen Vertretern der stalinistischen Richtung besonders scharf kritisiert. Im Januar 1959 Präsidiumpmitglied des sowjetischen Schriftstellerverbandes. Im gleichen Jahr zunehmenden Angriffen als Revisionist ausgesetzt. Heute scheint seine oft schwankende Stellung wieder gefestigt. Ehrenburg vertritt zwar eigene ästhetische Ansichten, hält sich aber in allen politischen Belangen an die Anweisungen der Partei.